



## **SPD-Fraktion *direkt***

Ausgabe 2015 | 36

04.12.2015

### **INHALT**

**ZUR LAGE** **2**

---

**ZUR WOCHE** **3**

---

**CDU-FRAKTION STREICHT MITTEL FÜR KLIMASCHUTZ ZUSAMMEN** **3**

**RÜCKKEHR ZUR EINZELFALLPRÜFUNG** **3**

**BUNDESLÄNDER ZIEHEN AN EINEM STRANG** **4**

**RICHTIGE AKZENTE FÜR UNTERNEHMEN GESETZT** **5**

**ZIRP ALS DENKFABRIK FÜR RHEINLAND-PFALZ UNVERZICHTBAR** **6**

**ÄNDERUNG DES FRAKTIONS- UND ABGEORDNETENGESETZES** **7**



## ZUR LAGE

### ***Liebe Genossinnen und Genossen,***

diese Woche haben wir wieder einmal vor Augen geführt bekommen, welch Geistes Kind Julia Klöckner ist. Während in diesen Tagen die weltweit führenden Politiker auf der Weltklimakonferenz in Paris Maßnahmen gegen die globale Erderwärmung beraten, möchte Frau Klöckner in Rheinland-Pfalz eine ökologische, gesellschaftliche und strukturpolitische Rolle rückwärts einleiten. Die CDU-Fraktion will dem ersten rheinland-pfälzischen Nationalpark und damit dem Umwelt- und Klimaschutz das Wasser abgraben: Die im Haushaltsetat 2016 vorgesehenen Sachmittel in Höhe von 1,76 Millionen Euro sollen gestrichen, die Personalausgaben in Höhe von 2,32 Millionen Euro abgezogen werden. Diese CDU-Haltung ist in Zeiten des Klimawandels unverantwortlich.

Wirr und widersprüchlich sind überdies die aktuellen CDU-Äußerungen zum Nationalpark. Nachdem die CDU-Fraktion vor zwei Wochen die Nationalpark-Kürzungen beschlossen hatte, beteuerte sie in dieser Woche, sie stehe „zur Fortsetzung des Nationalparkprojekts“. Indes forderten CDU-Politiker vor Ort die CDU-Fraktion dazu auf, einzulenken und „aus dem Graben herauszukommen, in den sie unnötigerweise geklettert ist“ (Rhein Zeitung). Frau Klöckner sollte dieses Verwirrspiel beenden und beim Nationalpark klar Position beziehen.

Mit ihren Plänen stellt Julia Klöckner eine ganze Region auf das Abstellgleis. Unser örtlich zuständiger Abgeordneter **Hans Jürgen Noss** (Birkenfeld) hat Recht, wenn er auf die Bedeutung des Nationalparks als Entwicklungsmotor für die Region hinweist. Denn mit dem Nationalpark gehen vielfältige strukturpolitische Investitionen einher. Diese der Region vorenthalten zu wollen, ist unverantwortlich.

In der Nationalpark-Debatte will die CDU-Fraktion die Bürgerinnen und Bürger für dumm verkaufen. Das – und vieles mehr – lassen wir ihr nicht durchgehen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alexander Schweitzer'.

**Alexander Schweitzer**

## ZUR WOCHE

### **CDU-Fraktion streicht Mittel für Klimaschutz zusammen**

Am vergangenen Wochenende startete die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Paris. Die Welt ist sich einig: Der Klimaschutz ist eine der größten weltweiten Herausforderungen. Und was macht die CDU-Fraktion in Rheinland-Pfalz? Sie will die geplanten Ausgaben für Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes zusammenstreichen. „Das zeigt einmal mehr, dass die CDU in Rheinland-Pfalz keinen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten möchte“, erklärten unser wirtschaftspolitischer Sprecher **Jens Guth** und unser energiepolitischer Sprecher **Marcel Hürter** zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion zum Landeshaushalt 2016.

Der Klimawandel ist lokal verursacht. Deutschland gehört nach wie vor zu den zehn weltweit größten CO<sub>2</sub> emittierenden Ländern. Daher gilt es global zu denken und lokal zu handeln. Auch Rheinland-Pfalz ist von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Die Wissenschaft ist sich einig, dass der Klimawandel kein abstraktes Phänomen ist. Extreme Wetterereignisse haben zugenommen. Gerade Entwicklungs- und Schwellenländer leiden unter den Folgen des Klimawandels, für den nicht sie selbst, sondern vor allem die Industrienationen verantwortlich sind.

**Guth** und **Hürter** betonen: „Die SPD-geführte Landesregierung setzt sich für eine zielgerichtete Klimapolitik ein. Mit dem im Juli 2014 verabschiedeten Klimaschutzgesetz wurde und wird der Klimaschutz in Rheinland-Pfalz weiter vorangebracht. Ein weiterer wichtiger Beitrag leistet das Klimaschutzkonzept. Bundesweit ist Rheinland-Pfalz damit führend im Klimaschutz.“

### **Rückkehr zur Einzelfallprüfung**

Anlässlich der Empfehlung der Innenministerkonferenz, zur Einzelfallprüfung von syrischen Flüchtlingen zurückzukehren, erklärte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**: „Im vergangenen Jahr hat der Bund darum gebeten, vorübergehend keine Einzelfallprüfung von syrischen Flüchtlingen durchzuführen. Wenn der Bund nun aus Sicherheitserwägungen wieder zu dem ursprünglichen Verfahren zurückkehren möchte, dann ist das verständlich. Es ist aus sicherheitspolitischen Gesichtspunkten wichtig zu wissen, wer

*sich in Deutschland aufhält.“* Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird durch die Einzelfallprüfung künftig die Identität der Menschen feststellen und genau die Daten erfassen, die auch jede Einwohnerbehörde von deutschen Staatsbürgern hat - nämlich ein biometrisches Foto und ein Fingerabdruck.

**Schweitzer** betonte: *"Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und das ihm untergeordnete BAMF sind dafür verantwortlich, dass sich ein riesiger Berg an unbearbeiteten Asyl-Anträgen aufgetürmt hat, ja hunderttausende Flüchtlinge bis heute nicht mal ihren Antrag stellen konnten. Weitere Verzögerungen sind nicht hinnehmbar: Der Bund muss mit höchster Dringlichkeit die seit Monaten versprochene Personalaufstockung vollständig umsetzen."* Mit der Rückkehr zur Einzelfallprüfung stelle sich die Frage, ob das BAMF nicht mehr Mitarbeiter und Asyl-Entscheider brauche, als bisher vorgesehen sind. *„Es müssen endlich realistische Stellenpläne vorliegen, diese müssen schnellstens umgesetzt werden"*, forderte **Schweitzer**.

Für den stark anwachsenden Berg von unbearbeiteten Asylverfahren ist der Bund verantwortlich. Diese Versäumnisse gingen und gehen letztlich zulasten der Länder und der Kommunen. Die CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner versucht in diesen Tagen, von den Zuständigkeiten des Bundes und des Flüchtlingskoordinators der Bundesregierung, Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU), abzulenken. *„Dass Frau Klöckner mit dem Finger nur nach Rheinland-Pfalz zeigt, macht deutlich: Sie verkennt die Tatsachen. Es wäre im Sinne der rheinland-pfälzischen Bevölkerung und der Flüchtlinge, wenn sie sich im Bund konstruktiv dafür einsetzt, dass das BAMF endlich seinen Pflichten nachkommt"*, machte **Schweitzer** deutlich.

## **Bundesländer ziehen an einem Strang**

Anlässlich der Einigung der Bundesländer über den künftigen Finanzausgleich zwischen den Ländern ab dem Jahr 2020 erklärte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**: *„Die Bundesländer haben bewiesen, dass sie parteiübergreifend an einem Strang ziehen können. Erreicht wurde der Kompromiss maßgeblich durch unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Nun ist der Bund am Zug. Er muss akzeptieren, dass die finanzielle Ausstattung der Länder mit deren gestiegenen Aufgaben einhergehen muss. Wichtig ist, dass der Bund zügig sein Plazet gibt, so dass für die Länder Planungssicherheit besteht.“*

Die Bundesländer haben vereinbart, dass bei der Berechnung des Finanzausgleichs die Finanzkraft der Kommunen stärker berücksichtigt werden soll. *„Dies ist eine kluge und gerechte Entscheidung, denn so werden die tatsächlichen Verhältnisse stärker als bisher berücksichtigt“*, ergänzte unser finanzpolitischer Sprecher **Denis Alt**. *„Positiv ist auch, dass künftig jene Länder gezielt gefördert werden sollen, die bisher unterdurchschnittlich an der Bundes-Forschungsförderung partizipiert haben. Diese Einigung ist im Sinne von Rheinland-Pfalz, das Land wird aller Voraussicht nach Profiteur der heutigen Einigung sein.“*

### **Richtige Akzente für Unternehmen gesetzt**

Anlässlich der Forderungen der Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU) erklärte unser innenpolitischer Sprecher **Hans Jürgen Noss**: *„Wir haben im laufenden Haushaltsverfahren für das Jahr 2016 bereits dafür Sorge getragen, dass die Haushaltsmittel für den Straßenbau auf 87 Millionen Euro erhöht werden. Im Vergleich zum Jahr 2012 ist das eine Steigerung um 20 Millionen Euro. Damit wird es uns gelingen, den Zustand der Landesstraßen zu verbessern und insbesondere die Verkehrssicherheit weiterhin zu gewährleisten. Zahlenmäßig immer noch eins drauf zu setzen, ist wohlfeil. Schließlich muss das Land einen Konsolidierungskurs einhalten, der Kompromisse zwischen fachpolitischen Wünschen und seriöser Haushaltsführung notwendig macht.“*

Mit Blick auf die Forderungen bezüglich der Polizei ergänzte **Noss**: *„Für die SPD-Fraktion ist wichtig, die Polizei weiter zu entlasten. Hierbei ist jedoch ein Spannungsfeld zu beachten: Hoheitliche Aufgaben können nicht einfach delegiert werden. Wir legen den Fokus im Haushalt 2016 darauf, die voll ausgebildeten Polizisten, die derzeit mit Verwaltungstätigkeiten blockiert sind, von im Grunde polizeifremden Aufgaben zu befreien. Rheinland-Pfalz erprobt im Übrigen bereits seit Anfang des Jahres die Entlastung der Beamten von der Begleitung von Schwertransporten. Wir sind auch deshalb in einer Vorreiterrolle, weil eine generelle Lösung nur durch die Änderung einer Verwaltungsvorschrift auf Bundesebene zu erreichen wäre.“*

Im Sinne der rheinland-pfälzischen Unternehmen arbeitet die rot-grüne Koalition am Bürokratieabbau und sorgt für eine Senkung bürokratischer Hemmnisse. Mit dem Mittelstandsförderungsgesetz, das derzeit novelliert wird, werden die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen weiter verbessert. Im Rahmen der Innovationsstrategie verfolgt das Land eine Technologietransfer- und Clusterpolitik. So wird beispielsweise im Haushalt 2016 das Projekt InnoStart gestärkt, das neue Akzente gerade für kleinere und mittlere Unternehmen setzt. Zudem wurden die Beratungen

von digitalen Start-Ups durch eine Anlaufstelle beim Technologiezentrum Koblenz auf den Weg gebracht.

Unser wirtschaftspolitischer Sprecher **Jens Guth** betonte: *„In der Innovationspolitik hat die SPD-geführte Landesregierung wichtige Impulse gesetzt und eine vertrauensvolle und enge Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft im Land gefördert. Beispielsweise wurde ein Wissens- und Transfernetzwerk der Hochschulen aufgebaut, mit dem jedes Unternehmen schnell und zielgenau die wissenschaftlichen Kooperationspartner im Land findet.“*

### **ZIRP als Denkfabrik für Rheinland-Pfalz unverzichtbar**

*„Die CDU-Fraktion sendet ein klares Signal, dass ihr ein guter und enger Dialog zwischen Landespolitik, Wirtschaft und Wissenschaft in Rheinland-Pfalz wenig bedeutet“,* kommentierte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** den CDU-Antrag im Haushaltsausschuss, auf die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) zu verzichten. Seit 23 Jahren steht die ZIRP für Zukunftsimpulse in Rheinland-Pfalz und ist das einzige Netzwerk, das richtungsweisende Diskussionen zu zentralen Handlungsfeldern im ganzen Land führt. Tausende Akteure in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik werden jährlich angesprochen und in thematische Diskussionen eingebunden. *„Wenn es die ZIRP nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Sie ist als Denkfabrik, als Netzwerk und Impulsgeber für den Standort Rheinland-Pfalz unverzichtbar“,* betonte **Schweitzer**. Die Gründung der ZIRP 1992 gehe auf die Initiative der Wirtschaft zurück, umso bemerkenswerter sei das Ansinnen der CDU-Fraktion.

Die ZIRP wird von rund 90 Unternehmen, Hochschulen und Verbänden im Land getragen, aktuelle Vorsitzende ist das BASF-Vorstandsmitglied Margret Suckale. Die Unternehmen, Hochschulen und Verbände dokumentieren mit ihren Mitgliedschaften, wie wichtig ihnen die Entwicklung von Rheinland-Pfalz als guter Ort zum Leben, Wohnen und Arbeiten ist. *„Das ist ein eindeutiges Bekenntnis der Mitglieder zum Standort Rheinland-Pfalz, das die uneingeschränkte Wertschätzung der Politik verdient“,* so unser wirtschaftspolitischer Sprecher **Jens Guth**. *„Die ZIRP ist ein Instrument des Austauschs, sie entwickelt Strategien für die Wirtschaft und die Politik. Sie ist eine Institution und sie darf nicht in Frage gestellt werden“,* so **Guth** weiter. Die Bedeutung und Reichweite der ZIRP mache beispielsweise die jüngste Publikation der ZIRP zu den wirtschaftlichen Potenzialen der ländlichen Regionen „Starke Wirtschaft – starke Regionen“ deutlich, an der sich über 60 Autoren aus Rheinland-Pfalz beteiligten. Diese schließe das

gleichnamige Projekt ab, mit dem seit 2013 rund 6.000 Menschen in Rheinland-Pfalz angesprochen wurden.

### **Änderung des Fraktions- und Abgeordnetengesetzes**

Die Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtags sprechen sich für eine maßvolle Erhöhung der Abgeordnetendiäten aus. SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben vereinbart, dass nach den Einkommenssteigerungen im öffentlichen Dienst auch die Entschädigungen für Abgeordnete zum 1. März 2016 um 2,3 Prozent auf 5812,37 Euro steigen sollen. Die Abgeordnetenentschädigung war unter dem Eindruck der Schuldenbremse und korrespondierend mit der Besoldung für die Landesbeamtinnen und -beamten ab dem Jahr 2012 um jeweils nur ein Prozent angehoben worden. Nachdem die Bezüge der Besoldungsempfängerinnen und -empfänger bereits zum 1. März 2015 erhöht wurden und nochmals zum 1. März 2016 erhöht werden, erscheint es den Fraktionen angemessen, auch die Abgeordnetenentschädigung anzupassen. Im Unterschied zu den Bezügen der Landesbeamtinnen und -beamten sollen sie jedoch nicht schon rückwirkend für das Jahr 2015, sondern erst für das Jahr 2016 um 2,3 Prozent erhöht werden.

Dazu ist vorgesehen, die monatliche Tagegeldpauschale von 281,21 Euro auf 310 Euro anzuheben. Die letzte Anpassung dieser Pauschale erfolgte zum 1. Juli 1987, während die Kosten jährlich gestiegen sind. Angesichts der allgemeinen Kostensteigerung und der beschlossenen Tarifierhöhungen wollen die Fraktionen auch den monatlichen Grundbetrag für jede Fraktion geringfügig auf 56.800 Euro und je weiteres Fraktionsmitglied auf 1.828 Euro anheben.

Zu der geplanten Erhöhung, die noch über Änderungen am Abgeordneten- und am Fraktionsgesetz beschlossen werden muss, erklärte **unser Parlamentarischer Geschäftsführer Carsten Pörksen:**

*„Mit der maßvollen Erhöhung orientieren wir uns an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Danach soll die Abgeordnetenentschädigung 'der Bedeutung des Amtes unter Berücksichtigung der damit verbundenen Verantwortung und Belastung und des diesem Amt im Verfassungsgefüge zukommenden Ranges gerecht werden'. Seit 1994 ist das Einkommen im Bereich des öffentlichen Dienstes deutlich stärker gewachsen als die Abgeordnetenentschädigungen. Hätte man die Einkommenssteigerungen im öffentlichen*

**ALEXANDER SCHWEITZER**

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

**SPD-Fraktion**  
im Landtag Rheinland-Pfalz



*Dienst vollständig nachvollzogen, wäre die derzeitige Abgeordnetenentschädigung rund 630 Euro höher. Vor diesem Hintergrund ist die geplante maßvolle Anhebung vertretbar.“*